

## Steuerstreit für Julius Bär beendet

**BANKEN** sda. Mit dem Abschluss des Steuerstreits mit den US-Behörden hat die Bank Julius Bär eine «bedauerliche Altlast» bereinigt. Der Vergleich beendete eine lange Phase der Unsicherheit, stellte Bankchef Boris Collardi fest. Nun könne sich Julius Bär wieder ganz auf die Zukunft und das Geschäft konzentrieren, liess er sich gestern in einem Communiqué zitieren.

547 Millionen Dollar kostet der Vergleich das Geldhaus, um sich vom Verfahren freizukaufen. Das ist so viel wie erwartet: Die Privatbank hatte Ende vergangenen Jahres mitgeteilt, dass sie kurz vor einer abschliessenden Einigung stehe, und erhöhte die bereits im Juni getätigten Rückstellungen um knapp 200 Millionen auf rund 550 Millionen Dollar. Diese drückten erheblich auf das Resultat des vergangenen Jahres: Die Julius-Bär-Gruppe erlitt einen Gewinneinbruch von fast 70 Prozent auf 123 Millionen Franken, wie die Bank Anfang Woche bekannt gab.

### Rund 2600 schwarze Konten

Den Abschluss der Vereinbarung gaben die Bank und das US-Justizministerium (DOJ) nun in der Nacht auf Freitag bekannt. Nach Angaben des DOJ verwaltete Julius Bär bis zu 4,7 Milliarden Dollar in rund 2600 nicht deklarierten Konten von US-Steuerzahlern. Zwischen 2001 und 2011 habe Julius Bär mit diesen Geschäften rund 87 Millionen Dollar Gewinn erzielt.

Die US-Justiz wirft der Privatbank vor, ein System aufgebaut zu haben, um US-Steuerzahlern bei der Steuerhinterziehung zu helfen. Die Bank habe diesen Konten unter Codewörtern anstatt ihrem richtigen Namen angeboten oder ihnen geholfen, etwa über Stiftungen ihr Eigentum an Bankkonten zu verschleiern.

### US-Behörden loben Kooperation

Die US-Strafverfolger loben Julius Bär allerdings auch für die Kooperation mit den US-Behörden. Die Bank habe Ende 2009 mit diesen in Kontakt treten wollen, aber auf Wunsch der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) zunächst darauf verzichtet. Laut DOJ wollte die Finma damit verhindern, dass Verhandlungen des Bundesrates mit den USA gefährdet werden könnten. Nach Kontaktaufnahme mit den US-Behörden habe Julius Bär aber Verantwortung übernommen und sich vorbildlich verhalten, hiess es weiter.

# Luxemburg greift nach Sternen

**ROHSTOFFE** Das Bankgeheimnis und die Steuerdeals für Konzerne haben Luxemburgs Reichtum gesichert. Nun braucht das Land eine neue Perspektive. Es will zur Drehscheibe für Rohstoffe aus dem All werden.

FABIAN FELLMANN, BRÜSSEL  
fabian.fellmann@luzernerzeitung.ch

Luxemburg hat ein Problem. Es ist das mit Abstand reichste Land der Europäischen Union – doch sein Erfolgsmodell ist am Ende. Vor einem Jahr musste es auf Druck der anderen EU-Länder das Bankgeheimnis abschaffen. Dasselbe geschieht nun bei den lukrativen Steuerdeals, mit denen das Grossherzogtum internationale Grosskonzerne wie Amazon oder Fiat angelockt hatte. Nun fragen sich die Luxemburger bange, wie es weitergehen soll. Die einst mächtige Stahlindustrie hat ihre Bedeutung weitgehend verloren, andere Industriezweige sind kaum präsent, das Ländchen ist winzig, knapp so gross wie der Kanton Tessin, doch bei weitem nicht mit demselben touristischen Potenzial gesegnet.

### Rechte auf seltene Mineralien sichern

In dieser unsicheren Situation greift der linksliberale Wirtschaftsminister Etienne Schneider nach den Sternen: Der Sozialdemokrat will Luxemburg zur neuen Drehscheibe für die Eroberung des Weltalls machen. Konkret hat er Unternehmen im Blick, die auf Asteroiden seltene Rohstoffe einsammeln und auf die Erde zurückbringen wollen. «Als erstes europäisches Land will Luxemburg einen rechtlichen Rahmen für Private schaffen, die im Weltall arbeiten. Sie sollen darauf vertrauen können, dass sie ihre Rechte an den seltenen Mineralien von den Asteroiden behalten», sagte Schneider diese Woche bei der Vorstellung seiner Initiative.

Gleichzeitig pumpt das Grossherzogtum mehr Geld in die Weltallforschung, um weitere Spezialisten und Unternehmen aus der Branche anzuziehen. Bereits im vergangenen Juli hat Deep Space Industries in Luxemburg einen Ableger gegründet; die US-amerikanische Firma will auf Asteroiden seltene Metalle einsammeln.



Ein Asteroid nähert sich der Erde – fotografiert aus einem Space Shuttle.  
Getty/Erik Simonsent

Was nach einer Idee aus der Science Fiction klingen mag, ist den Luxemburgern heiliger Ernst. Die Regierung liess sich darum von Jean-Jacques Dordain beraten, dem früheren Direktor der Europäischen Weltraumagentur ESA. «Wir wissen, wie man zu Asteroiden gelangt, wie man sie anbohrt und wie man Proben davon auf die Erde zurückbringt», sagte Dordain der britischen Zeitung «Financial Times».

**«Wir wissen, wie man zu Asteroiden gelangt, wie man sie anbohrt und wie man Proben davon auf die Erde zurückbringt.»**

JEAN-JACQUES DORDAIN,  
EX-DIREKTOR ESA

Dem Wirtschaftsblatt hat Luxemburg seine Weltraum-Ambitionen vorab gesteckt. Nun geht die Geschichte um die ganze Welt, und Wirtschaftsminister Etienne Schneider freut sich über die Aufmerksamkeit für seine hochfliegenden Pläne. Das Weltraumgeschäft ist dem Grossherzogtum ohnehin nicht ganz fremd: Es beherbergt mit SES bereits einen der weltgrössten Satellitenbetreiber, auf dessen Dienste sich grosse Teile Europas für ihren Fernseh- und Radioempfang verlassen.

### Gesetz aus dem Kalten Krieg

Ob die Rohstoff-Sammlung im Weltall je lukrativ betrieben werden kann, steht derzeit noch in den Sternen. Doch Luxemburg will gerüstet sein, falls die Industrie in den nächsten Jahrzehnten abhebt. Der rechtliche Rahmen könnte dabei entscheidend sein: Mit dem Weltraumvertrag von 1967 haben sich die meisten Staaten mitten im Kalten Krieg dazu verpflichtet, auf die Besetzung von Himmelskörpern zu verzichten. Umstritten ist, ob auch das Einsammeln von Rohstoffen verboten ist. Die USA jedenfalls haben im vergangenen Jahr ein Gesetz verabschiedet, das US-amerikanischen Firmen die Eigentumsrechte auf im All gesammelten Rohstoffen garantiert.

Luxemburg will bis im Sommer als erstes europäisches Land nachziehen. Fischer dürften auch auf den Ozeanen Fische einsammeln, ohne Eigentümer der Meere zu sein, argumentiert der Minister, der nach den Sternen greift.

## Es geht in erster Linie um Vernunft

**K**ürzlich habe ich in einem Zeitungsbeitrag über Empathie und die Grenzen des Mitgefühls gelesen. Empathie ist – kurz gesagt – die Fähigkeit, sich in andere Menschen einzufühlen, und wohl letztlich auch die Fähigkeit, dieser Einfühlung gemäss zu handeln. Es wurde dort auf Jeremy Rifkin verwiesen, der die These vertritt, dass eine universelle, auf Empathie sich stützende Verbundenheit nötig ist, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen.

**Es braucht aber mehr.** Gefordert ist darüber hinaus ein Akt der Vernunft, und einmal mehr betrifft diese Forderung insbesondere die Wirtschaft als Teil der Zivilgesellschaft. Dass Politiker diesbezüglich speziell vorzusenden müssten, ergäbe sich eigentlich von selbst aus ihrem Auftrag.

**Erfahren und bestätigt erhalten** habe ich auf einer Reise in Südamerika und in die Antarktis sowie bei einer Ballung von diesbezüglichen Vorträgen, dass der Klimawandel schon weitgehend eingetreten, aber noch nicht zu Ende ist. Eine Folgerung daraus ist die Erkenntnis, dass es für den Umgang mit diesen Herausforderungen verbindliche globale Vorgaben geben muss. Das heisst, man darf es nicht dem Gutdünken Einzelner

überlassen, ob und wie diesen Entwicklungen Rechnung getragen wird. Das Gleiche gilt für die Frage des Umgangs mit Menschenrechten und Umweltstandards.

**Gesetzliche Vorgaben und weltweit** geltende Standards sind gleichermaßen relevant als Existenzgrundlage unserer Zivilisation. Die Schweiz wäre dabei mittels ihrer eigenen nationalen Gesetzgebung ein wichtiger Akteur. Für die Zivilgesellschaft gerade von Staaten, die nicht funktionieren, weil Korruption herrscht, keine unabhängigen

stehen und dass es eine Pflicht gibt, die Menschen in den armen und speziell betroffenen Staaten zu unterstützen und zu schützen sowie sich im Hinblick auf die natürlichen Ressourcen weitsichtig und verantwortungsvoll zu verhalten.

**Für die Bewohner in diesen** erwähnten Ländern und für die Vertreter der Zivilgesellschaft, zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen (NGO), ist es immer auch wichtig zu wissen, dass sie Anerkennung und Unterstützung in den Staaten finden, die bezüglich demokratischer Strukturen und Prozesse Vorbild sein können. Die Schweiz mit ihrer Geschichte, mit ihren überlieferten Werten und mit ihrem Know-how drängt sich geradezu auf, beispielhaft voranzugehen. Das haben mir Gespräche auf meiner Reise deutlich gemacht.

**Wenn nun eine Grossbank** wie die UBS ein langes Papier publiziert, in welchem sie Zahlen und Szenarien zum Klimawandel vorlegt und die Folgen für den Mittelstand eruiert, so ist das zwar ein spannendes Dokument, aber gleichzeitig auch eine sehr beschränkte Optik. Es geht ja letztlich nicht bloss darum, ob und wie das Ausgabeverhalten gesellschaftlicher Schichten sich verändert und welche Risiken eine bestimmte Gesellschaftsschicht bewältigen muss. Die Menschen in armen und schwach aufge-

### AUSSICHTEN

gige Justiz besteht und die Machthaber Menschenrechte mit Füßen treten, ist es nämlich von enormer Bedeutung, ein Signal aus der starken Schweiz zu erhalten. Ein Signal dafür, dass nicht toleriert wird, dass Schweizer Unternehmen von diesem Versagen und von diesen Umständen in den Ländern profitieren, in denen sie tätig sind. Unternehmen sind diesbezüglich selbst in die Verantwortung zu nehmen.

**Es geht gar nicht darum,** als «Gutmensch» im Sinne des Unwortes des Jahres 2015 zu wirken. Die Frage cui bono – wem nützt es – sollte gar nicht gestellt werden. Vielmehr geht es um eine Moral, die von Vernunft geprägt ist. Vernunft in diesem Zusammenhang beinhaltet nämlich anzuerkennen, dass grosse Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten be-

stellten Ländern beispielsweise sind durch den Klimawandel einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt, und sie können diese Bedrohung nicht ohne die Hilfe der starken Staaten bewältigen.

**Die Schweiz hat im Rahmen** von Entwicklungshilfeprojekten solchen Staaten über Jahrzehnte beim sogenannten «Institution Building» Unterstützung geleistet. Das heisst, man hat diese Staaten beraten, wie Institutionen aussehen könnten, die Teil eines funktionierenden Staatsapparates bilden. Die Schweiz sollte nun in ihrer Politik und in der Gesetzgebung Konsequenz zeigen und gegenüber der Wirtschaft aus der Deckung gehen, indem sie zuhänden der Zivilgesellschaften der schwach entwickelten Staaten über ihre eigenen Gesetze ein Signal setzt, dessen Inhalt eigentlich jeder vernünftigen Person einleuchtet: Die Beachtung von Menschenrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards ist bindend für Schweizer Unternehmen nicht nur im Inland, sondern ebenso im Ausland. Nur das kann nachhaltig sein, das sagt uns die Vernunft.

MONIKA ROTH  
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

### HINWEIS:

Monika Roth (63) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktaufsicht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.

